

Moral per Gesetz ist der Weg ins Verderben

Egal, was man von Genderfragen hält, der Staat kann die richtige Einstellung dazu nicht anordnen – weder in die eine noch die andere Richtung, schreibt Lorenz Engi

YVES HERMAN/ REUTERS

Haben sie vollkommen den Verstand verloren?», rief Wladimir Putin in den Saal. In seiner Rede zur Aufnahme der vier annektierten Gebiete in die Russische Föderation vom 30. September 2022 setzte sich der russische Präsident mit Entwicklungen im Westen auseinander. Statt von Mama und Papa spreche man dort nun von «Elter Nummer 1», «Elter Nummer 2», «Elter Nummer 3». Ob die Bürger Russlands das wollten.

Wladimir Putin fährt mit weiteren Beispielen und rhetorischen Fragen fort. Ob man wolle, dass den Kindern eingehämmert werde, dass ausser Mann und Frau angeblich noch irgendwelche Gender existierten. Dass ihnen eine Geschlechtsumwandlung nahegelegt werde. Für sein Land sei all das inakzeptabel. Diese Verhöhnung des Glaubens und der traditionellen Werte durch die westlichen Eliten nehme Züge einer «Anti-Religion» an.

Die Diagnose eines moralischen Verfalls im Westen ist fester Bestandteil der Rhetorik mancher Kräfte in Osteuropa. So sprach etwa Janez Jansa, bis 2022 slowenischer Ministerpräsident, davon, dass Europa von einem «kulturellen Marxismus» bedroht sei. Wie bei den Kommunisten gehe es darum, eine neue Welt zu schaffen sowie Religion, Familie und Privatbesitz zurückzudrängen. Wer das kritisiere, gelte als Faschist oder zumindest als Populist.

Solche Töne sind auch in Westeuropa alles andere als unvertraut. Der Eindruck, dass der Westen im Abstieg begriffen sei, ist ziemlich verbreitet. Wer bei einem Online-Buchhändler Titel mit dem Stichwort «Niedergang des Westens» oder «Decline of the West» sucht, stösst sogleich auf eine reiche Auswahl an Werken. Und oft wird dieser Abstieg an moralischen und gesellschaftlichen Veränderungen festgemacht.

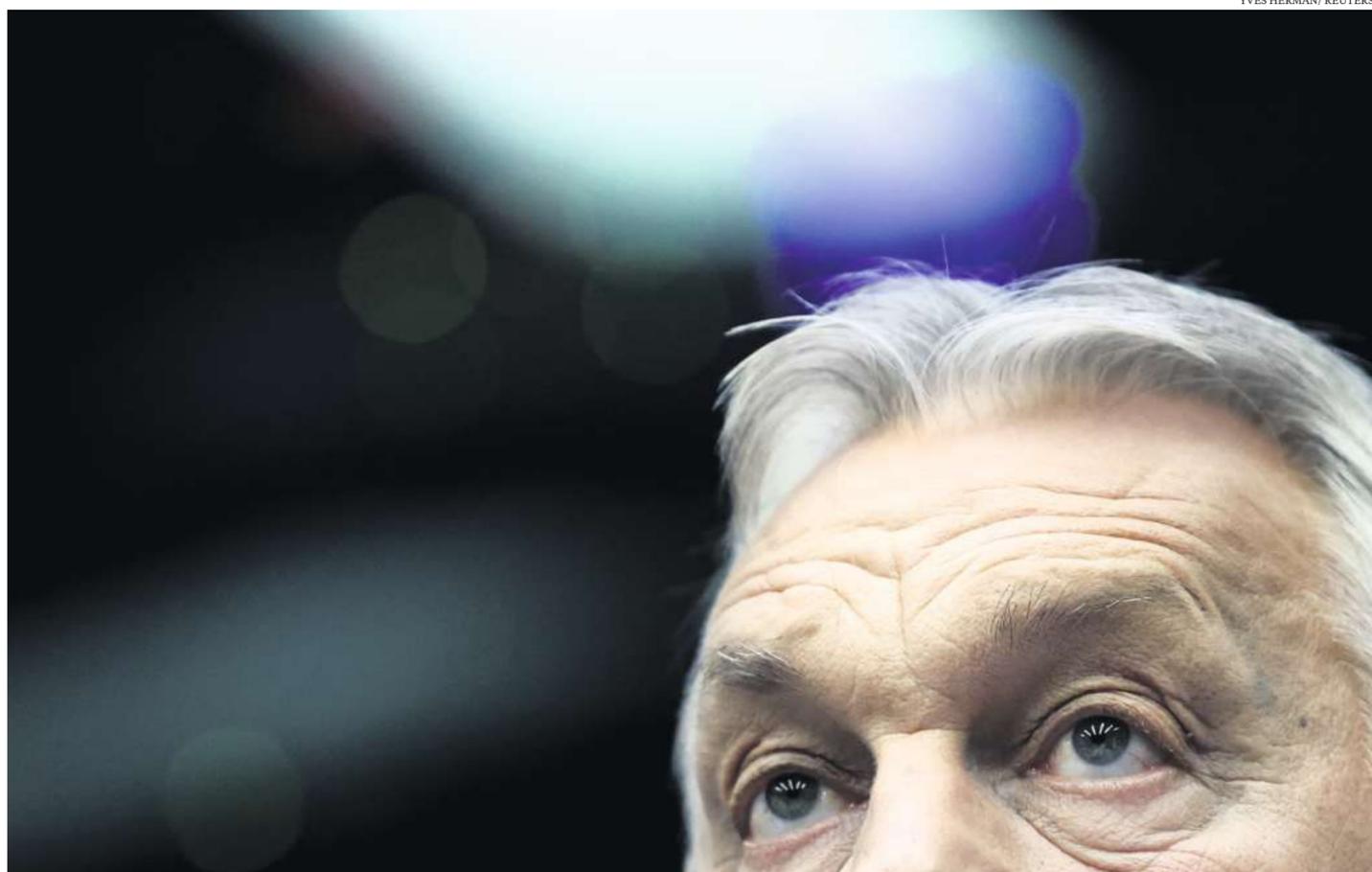
Diese Diagnose kann man so oder anders sehen. Sie ist nicht das Problem. Das Problem ist das Heilmittel, das einige dieser Politiker dagegen anbieten. Denn um den diagnostizierten Verfall zu stoppen, muss aus ihrer Sicht der Staat die Moral garantieren. Besonders weit ging diesbezüglich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban.

Vor einigen Jahren rief er bekanntlich die «illiberale Demokratie» aus. Im Jahr 2019 verkündete er, dieser Begriff müsse positiver gefüllt werden, und sprach nun von einer «christlichen Demokratie». Bei abstrakten Theorien blieb es nicht. Im Jahr 2020 wurde die ungarische Verfassung geändert und eine neue Bestimmung eingefügt, die unter anderem vorsieht, dass Ungarn für eine Erziehung im Einklang mit jenen Werten Sorge, die auf der Identität des Landes und der christlichen Kultur basierten.

An dieser Stelle geschieht der entscheidende Übergriff. Denn damit wird der Staat zum Träger der moralischen, der ganzen Ordnung. Er bekommt eine umfassende Zuständigkeit. Anders kann es gar nicht sein, wenn der Staat moralisch etwas erreichen will. Denn Moral hat stark mit inneren Überzeugungen zu tun, und ein Staat, der sich in irgendeiner Weise für die Tugend zuständig erklärt, muss deshalb die Menschen notwendig auch in ihren privaten und persönlichen Verhältnissen erfassen.

Der moralische Anspruch führt fast unausweichlich in eine nichtliberale Staatskonzeption. Und das ist auch für uns in Westeuropa von Relevanz, denn gerade in ihren kulturkämpferischen Argumenten treffen sich Putin, Orban und Co. mit vielen Kräften im Westen, besonders mit denen, die man gemeinhin, aber wahrscheinlich ziemlich unzulänglich als «populistisch» bezeichnet. Sie teilen die erwähnten Auffassungen über die gesellschaftlichen Probleme und sind deshalb ebenfalls in Gefahr, ins Autoritäre abzurutschen.

Eine liberale Sicht betont die Bedeutung von Moral und Sitten ebenfalls, sie betrachtet diese aber als eine gesellschaftliche Aufgabe. Nur die Gesellschaft selbst kann das Moralische aus die-



Ungarns Regierungschef Viktor Orban propagierte einst ganz offen die «illiberale Demokratie». Moral spielt dabei eine wichtige Rolle.

Gerade derjenige, dem die Moral teuer ist, wird sie prinzipiell vom Staat trennen.

ser Sicht mit hinreichender Stabilität erhalten. Denn das illiberale Konzept ist ja mit einer inhärenten Instabilität verbunden: Fällt der staatliche Zwang weg, ist auch von der Moral nicht mehr allzu viel übrig.

Das liberale Denken trennt deshalb einen Bereich der Gesellschaft vom Bereich des Staates und siedelt die Moral im ersten Bereich an. Zuzugeben ist, dass dieser Weg mühsam ist. Es gibt dann nichts zu verordnen im Bereich der Moral, es gibt keine finalen Lösungen, es gibt nur die Anstrengung, im gesellschaftlichen Miteinander immer wieder auf die Einhaltung bestimmter Regeln zu achten und gegebenenfalls zu drängen.

Durch das argumentative Raster, das die Illiberalen aufziehen, entsteht eine falsche Alternative, bei der gerade diese Zwischenposition untergeht. Es gibt, folgt man einer Logik wie derjenigen Putins oder Orbans, nur zwei Parteien: Auf der einen Seite die, welche Moral und Sitten für unwesentlich halten und diesbezüglich keine Probleme sehen. Und auf der anderen Seite die, welche moralische Prinzipien und Bindungen für wichtig halten.

Letztere müssen in diesem Schema mit den Illiberalen marschieren, das heisst einen autoritären Staat befürworten, der selbst die Moral garantiert, indem er zum Beispiel eine christliche Erziehung vorschreibt. Aber diese Alternative ist schief, mehr noch: Sie ist fatal. Sie lässt nur schlechte Optionen zurück, keine guten. Wir dürfen dieses Schema nicht übernehmen.

Gerade derjenige, dem die Moral teuer ist, wird sie prinzipiell vom Staat trennen. Es ist nicht gegen die Moral gerichtet, wenn man sie vom hoheitlichen Zwang trennt. Die Illiberalen sind falsche Advokaten der Moral, sie haben in Wahrheit kein richtiges Verständnis für sie. In unserer Zeit grossen gesellschaftlicher Veränderungen können sie indes viele Menschen damit einfangen. Autoritäre Parolen, dass sich endlich etwas ändern und die Ordnung wiederhergestellt werden müsse, sprechen viele an.

Umso wichtiger ist es, immer wieder auf das liberale Verständnis von Recht und Moral hinzuweisen und es bewusstmachen. Das Recht ist eine äussere Zwangsordnung, die dazu dient, dass die Freiheit des einen mit der Freiheit des anderen zusammen bestehen kann. Die Moral betrifft darüber hinaus einen Bereich der inneren Überzeugungen, für den sich das Recht im Prinzip nicht interessiert. Niemand hat das deutlicher herausgearbeitet als Immanuel Kant, der vor 300 Jahren in Königsberg, dem heute russischen Kaliningrad, geboren wurde.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten sei nur für moralische und religiöse Leute gemacht, sagte John Adams, der zweite Präsident der USA. Sie sei völlig ungeeignet, andere Leute zu regieren. Heute würde man vielleicht nicht mehr von «religiös» sprechen, sondern von bestimmten Grundeinstellungen, die nötig sind. Aber der grundlegende Zusammenhang ist geblieben, und er ist für jede liberale Staatlichkeit essenziell. Ohne eine bestimmte Form kollektiver Sittlichkeit kann diese auf Dauer nicht existieren. Heute stellen sich im gesellschaftlichen Bereich viele Fragen und Probleme. Sie sind gross, und sie sind ernst. Wie wir mit den gegenwärtigen Umbrüchen umgehen werden, ist offen. Aber die Auswege, welche die Illiberalen weisen, sind keine.



Lorenz Engi, 48, ist Privatdozent für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität St. Gallen sowie Lehr- und Forschungsrat an der Universität Freiburg. Engi habilitierte mit einer Arbeit über die religiöse Neutralität des Staates. Soeben ist sein Buch «Die Dramatisierung der Welt – über Illiberalismus» (Claudius-Verlag, 2024) erschienen.